

**HUMAN
RIGHTS**

**BUSINESS
AS USUAL**

**YES
EU CAN!**

**JAHRES
BERICHT
2024**

SÜDWIND – VIELFÄLTIG AKTIV FÜR EINE GERECHTE WELTWIRTSCHAFT

Der Jahresbericht zeigt die Arbeit von SÜDWIND nur in Ausschnitten. 2024 hat das Team zusätzlich folgende Projekte auf den Weg gebracht und weiter begleitet:



Wöchentliche Teams-Konferenz bei Südwind

LIEBE LESER*INNEN

Wir hoffen, dass unser diesjähriger Jahresbericht Ihnen einen Überblick über die Arbeit des SÜDWIND-Instituts sowie der Stiftung SÜDWIND verschafft. Es dürfte zu spüren sein, dass wir in unserem Engagement für globale Gerechtigkeit nicht nachlassen. Gleichzeitig machen wir unsere Zusammenarbeit mit unseren Partner*innen stärker sichtbar: indem wir über ihre Arbeit berichten und sie selbst zu Wort kommen lassen. Wichtig ist uns, die strukturellen Faktoren darzulegen, die die Durchsetzung von Menschenrechten behindern oder stärken. Hiermit lassen sich wichtige Handlungsspielräume sowie die Notwendigkeiten für politisches Handeln aufzeigen.

In den letzten Jahren hat sich SÜDWIND zusammen mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen für die verpflichtende Durchsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten in Lieferketten eingesetzt – auf deutscher und europäischer Ebene. Diese Verpflichtung für Unternehmen stellt einen wichtigen Hebel dar, um insbesondere am Anfang der Lieferketten – oftmals in Ländern des Globalen Südens – Menschenrechte durchzusetzen.

Es blieb bisher wenig Zeit, die Wirkung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) zu messen. Denn das Gesetz trat erst Anfang 2023 sukzessive in Kraft. Seitdem jedoch auch auf europäischer Ebene eine vergleichbare Regelung beschlossen wurde, sägen zahlreiche politische und wirtschaftliche Akteure daran

und schmähen die darin festgelegten Berichtspflichten für Unternehmen als „Bürokratiemonster“. Dieser drohende Backlash hat uns bei SÜDWIND sehr beschäftigt.

Derzeit muss man jedoch der Tatsache ins Auge blicken, dass diejenigen politischen Kräfte im Aufwind sind, die in der weitgehenden Liberalisierung das Heil der Wirtschaft sehen und alle Energie in die Zerschlagung der Regulierungen bzw. die Verschiebung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag setzen. Viele Unternehmen sind hierüber entsetzt und wollen, dass sich die Politik nicht von den Marktschreibern überrumpeln lässt. Denn die Unternehmen in Deutschland konnten sich durch das LkSG auf die Vorgaben bereits einstellen, haben entsprechende Strukturen aufgebaut und hätten hier einen Standortvorteil. Zudem sind nicht wenige Unternehmen natürlich nicht per se gegen die Einhaltung der Menschenrechte und wollen mit den bereits aufgebauten Abteilungen endlich ihren Beitrag leisten.

Man merkt: Der Wind weht rauer. Wir werden angesichts dessen entschieden gegen eine Entsolidarisierung mit dem Globalen Süden eintreten – etwa durch die Kürzungen des Etats für das BMZ oder im Bereich der Humanitären Hilfen. Bereits jetzt sorgen sich unsere Partner, ob Deutschland dem Beispiel der USA folgen und sie im Stich lassen wird. Auf SÜDWIND können Sie sich verlassen. Wir bleiben an der Seite unserer Partner*innen!

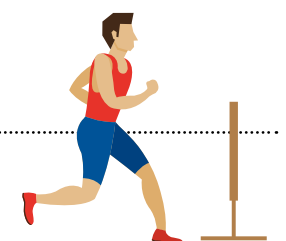
Ihr Südwind-Team

INHALT

SHRINKING SPACES	
Zivilgesellschaft unter Druck	4
GESUNDHEIT & GENDER	
Auf Augenhöhe	6
SORGFALTPFLICHTEN	
Beziehungsstatus kompliziert	8
STÄRKUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT	
Lösungen – von der Gemeinschaft getragen	10
EU-GESETZGEBUNG	
Der Hürdenlauf der EU zu mehr Nachhaltigkeit	12
WERTSCHÖPFUNG	
Das unfaire Kakao-Geschäft	14
RESSOURCEN UND GERECHTIGKEIT	
Der ungehobene Schatz in unseren Schubladen und Schränken	16
AUF SÜDWIND GEBlickt	
Wie Südwind dazu beitragen kann, dass die Zukunft gelingt	18
DER VORSTAND	20
DIE FINANZEN	22
DIE STIFTUNG	25
DIE FÖRDERER	26

AUCH HIER ZU FINDEN

	BESUCHEN SIE UNS! WWW.SUEDWIND-INSTITUT.DE
	LINKEDIN! LINKEDIN.COM/SÜDWIND-E-V-INSTITUT-FÜR-ÖKONOMIE-UND-ÖKUMENE
	INSTAGRAM! INSTAGRAM.COM/SUEDWIND_EV
	FACEBOOK! FACEBOOK.COM/SUEDWINDINSTITUT
	YOUTUBE! YOUTUBE.COM/USER/SUEDWINDINSTITUT



ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK

SÜDWIND nimmt „Shrinking Spaces“ in den Blick – und damit eine politische Entwicklung, die weltweit immer rigoroser in Erscheinung tritt. Unser Hauptaugenmerk gilt dabei Partnern sowie Organisationen im Globalen Süden, die innerhalb des Projekts selbst zu Wort kommen sollen.

Eine aktive Zivilgesellschaft ist ein zentraler Akteur in einer lebendigen Demokratie. Zivilgesellschaftliche Organisationen können staatliches Handeln unterstützen, z. B. im Bereich der sozialen Wohlfahrt oder bei der Katastrophenhilfe. Sie können aber auch mit kritischen Positionen und Aktionen gegenüber staatlichem Handeln bzw. anderen politikbestimmenden Akteursgruppen, wie zum Beispiel Wirtschaftsverbänden oder Großkonzernen, Änderungen in der Politik einfordern, zu Gunsten der Einhaltung von Menschenrechten, weltwirtschaftlicher Gerechtigkeit oder der Einhaltung der Klimaziele. Ähnlich wie die freie Presse ist dies ein wesentliches Kennzeichen einer funktionierenden Demokratie.

Zivilgesellschaftliche Akteur*innen geraten jedoch in immer mehr Ländern der Welt unter Druck und sind wachsenden Repressionen ausgesetzt. Ihre Handlungsspielräume, die politischen Partizipationsmöglichkeiten und Freiheiten, schrumpfen oder gehen ganz verloren. Dies wird unter dem Begriff „Shrinking Spaces“ in der Fachöffentlichkeit diskutiert. Partnerorganisationen von SÜDWIND aus Asien, Afrika und Lateinamerika erfahren dies zum Teil am eigenen Leib. Doch auch im Globalen Norden, so unsere Erfahrungen, geraten zivilgesellschaftliche Akteur*innen unter Druck. Für viele Menschen in einer stetig steigenden Anzahl von Ländern wird zivilgesellschaftliches Engagement immer gefährlicher. Maßnahmen gegen Aktivist*innen reichen von Einschüchte-

rungen, Freiheitsstrafen und Gewaltandrohungen bis hin zu Ermordungen.

Gehen Handlungsspielräume für Zivilgesellschaft verloren, sind Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gefährdet. Transitionen von (halb-)demokratischen Regierungen hin zu autokratischen Regimen geschehen nicht über Nacht, sondern sind oftmals ein längerer Prozess. Der weltweite Trend ist eindeutig: Die Bestrebungen nehmen zu, Pressefreiheit oder das Engagement von NRO einzugrenzen. Oft richten sich solche Einschränkungen zunächst gegen benachteiligte Gruppen – darunter religiöse und ethnische Minderheiten, Migrant*innen oder queere Menschen – oder auch gegen die Organisationen, die sich für deren Rechte einsetzen. Menschenrechtsverteidiger*innen, Umweltaktivist*innen sowie Gewerkschafter*innen geraten oft zur Zielscheibe neuer Gesetze, die die (ausländische) Finanzierung einschränken oder unterbinden; sie werden diffamiert oder unter falschen Anschuldigungen in Haft gebracht, nicht ausreichend geschützt oder umgebracht.

In dem jährlich erscheinenden Bericht über den Zustand der Zivilgesellschaft (CIVICUS / BfdW) ist der weltweite Trend festgehalten. In vielen Ländern hat sich die Menschenrechtslage deutlich verschlechtert. Bei SÜDWIND nehmen wir uns daher dieses Themas im Rahmen eines Projektes an, in dem wir unter anderem – bei allen zu treffenden Vorsichtsmaßnahmen – den Stimmen unserer Partner*innen aus dem Globalen Süden mehr Gehör verschaffen wollen. ◆

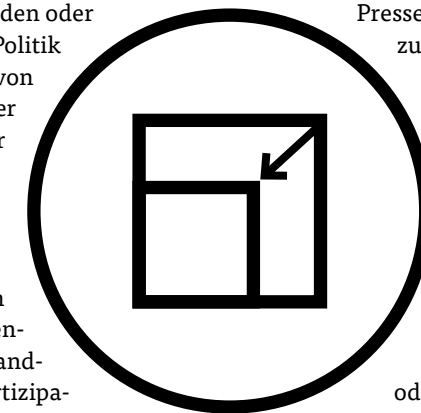


Foto: Wikimedia_Commons

Weltweit schrumpft für die Zivilgesellschaft der Handlungsspielraum – auch in Deutschland ist die Entwicklung spürbar.

📖 PUBLIKATIONEN ZUM THEMA

Blog: Die Drahtzieher hinter dem queerfeindlichen Gesetz in Ghana

Blog: LGBTQ-Aktivistin Angel Maxine über das geplante queerfeindliche Gesetz in Ghana

Blog: Keine gute Aussichten für LGBTQ+ in Ghana



Auf der Jubiläumsveranstaltung des Textilbündnisses sprechen die Kolleg*innen von TURC und Cividip über die Gesundheitsrisiken von Textilarbeiter*innen.



AUF AUGENHÖHE



Foto: Julia Merkel

SÜDWIND arbeitet seit Jahrzehnten mit Kolleg*innen anderer Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften aus dem Ausland zusammen. Was mit Brief und Fax, dann Emails und „Aufträgen ins Ausland“ begann, entwickelte sich zu immer häufigeren Video-Calls und sehr engem Austausch von Angesicht zu Angesicht. Früher wie heute sind jedoch Präsenztreffen über Kontinente hinweg selten, dafür aber umso wertvoller.

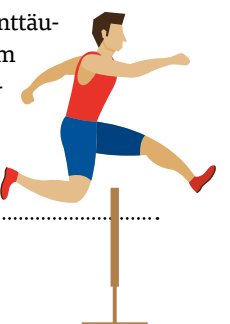
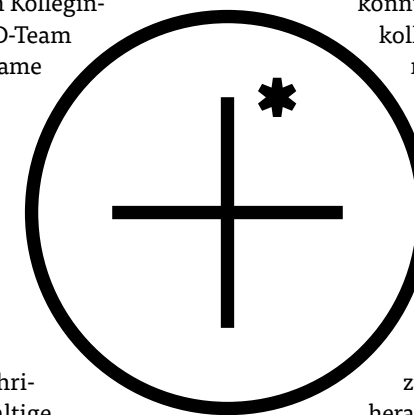
Im November 2024 besuchten jeweils zwei Kolleg*innen aus Indien und Indonesien, von den Organisationen Cividip und TURC, Deutschland. Mit ihnen kooperiert SÜDWIND eng zu Gendergerechtigkeit im Arbeits- und Gesundheitsschutz. Gemeinsam mit den Kolleginnen von FEMNET gestaltete das SÜDWIND-Team die einwöchige Reise. Für die gemeinsame Arbeit ermöglichte der Besuch:

- Die Kolleg*innen konnten ihre Kompetenz direkt übermitteln – etwa in Pressegesprächen, öffentlichen Abendveranstaltungen und in bilateralem Austausch mit Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Akteuren. Die Kolleg*innen waren beispielsweise auf dem Podium der Jubiläumsveranstaltung zum zehnjährigen Bestehen des Bündnisses für nachhaltige Textilien. Dort forderten sie unter anderem, dass Gewerkschaften aus dem Globalen Süden mehr in das Bündnis mit einbezogen werden sollten und stießen bei einer Reihe von Unternehmen

und politischen Entscheidungsträger*innen auf offene Ohren.

Während ihres Aufenthalts konnten die Kolleg*innen ein besseres Verständnis für die Arbeit der deutschen Zivilgesellschaft entwickeln. Sie konnten sehen, wo und wie wir arbeiten, unser kollegiales Miteinander erleben – und auch mitbekommen, dass Arbeitstage für Teile unseres Teams damit beginnen, in vollen und verspäteten Bahnen anzureisen. Viel intensiver als in Online-Meetings konnte das Team strategisch diskutieren – und zusammen lachen.

Zu den neuen Erfahrungen für unsere Kolleg*innen gehörte aber auch, in repräsentative Gebäude großer Unternehmen zu gehen, über Ungerechtigkeit in Lieferketten zu sprechen und mit fast leeren Händen wieder herauszukommen. Doch auch Enttäuschung verdaut sich besser bei einem gemeinsamen Abendessen. Und dabei kommen umso kämpferischere Zukunftspläne heraus. ♦





BEZIEHUNGSSTATUS KOMPLIZIERT



Regel Austausch bei der SÜDWIND-Konferenz „Und was ist mit den Menschenrechten? China und die Sorgfaltspflichten“

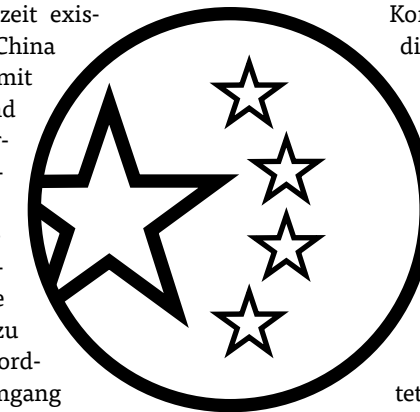
Foto: SÜDWIND

China gilt für Deutschland und die EU als wichtiger Produktionsstandort und Absatzmarkt. Wie aber sieht es mit der Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten in den Wirtschaftsbeziehungen zu China aus? Dieser Frage geht SÜDWIND in einem zweijährigen Projekt nach – und konzentriert sich dabei auf Nordrhein-Westfalen. Ein Gastbeitrag von Stefan Engstfeld, Mitglied des Landtags NRW

Die Volksrepublik China ist für Nordrhein-Westfalen ein wichtiger internationaler Partner, mit dem seit Jahrzehnten insbesondere im wirtschaftlichen Bereich eine enge Zusammenarbeit besteht. In Nordrhein-Westfalen lebt die größte chinesische Gemeinde Deutschlands. Jede*r vierte in Deutschland lebende Chines*in ist in NRW beheimatet. Derzeit existieren 12 Städtepartnerschaften mit China (u.a. Köln mit Beijing/Düsseldorf mit Chongqing/Duisburg mit Wuhan) und seit über 30 Jahren Regional-Partnerschaften auf Landesebene mit der Provinz Shanxi (1984), Jiangsu (1986) und Sichuan (1988). Dazu kommen zahlreiche Freundschafts- und Kulturvereine, Hochschulk Kooperationen sowie Schulpartnerschaften. Sie alle tragen zu einem regen Austausch zwischen Nordrhein-Westfalen und China bei. Der Umgang und die Zusammenarbeit mit China ist vielseitig und nichts Neues für NRW.

Angesichts der veränderten Weltlage müssen wir uns heute fragen: Was ist noch übrig vom regen deutsch-chinesischen Miteinander der vergangenen Jahre?

Die Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und China bewegen sich derzeit in einem dreidimensionalen Feld: China ist sowohl (Handels-) Partner, als auch Wettbewerber und Systemrivale. Dem gilt es im Rahmen der regelbasierten internationalen Ordnung zu begegnen. Die abgedimmten Beziehungen zwischen NRW und China begründen sich derzeit vor allem in Chinas wettbewerbsverzerrenden Wirtschaftsaktivitäten sowie Spionageaktivitäten, die auch vor Stipendienprogrammen nicht halt machen.



Die NRW-China-Beziehungen unter der aktuellen Leitung des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie basieren nicht auf allgemeinen Lösungsansätzen, sondern auf differenzierten Einzelfallabwägungen. Leitend dabei ist stets die Sicherstellung des Schutzes der „kritischen Infrastruktur“ und die Erhöhung der wirtschaftlichen Resilienz Nordrhein-Westfalens. Kommunale Wirtschaftsförderungen werden vor diesem Hintergrund durch die landeseigene Gesellschaft zur Außenwirtschaftsförderung des Landes (NRW Global Business) sensibilisiert.

Ansiedlungsinteressen chinesischer Firmen werden weiterhin durch NRW Global Business betreut, insbesondere im Bereich der Transformation sowie dem Klimaschutz. Die Einhaltung der Menschenrechte wird bei etwaigen Treffen zwischen dem Ministerium und chinesischen Akteuren stets betont. Die chinesische Seite ist immer darauf vorbereitet, sozusagen in Erwartung, dass die deutsche Seite die Themen anspricht. Ein politischer Austausch findet zwischen dem Ministerium und China derzeit nicht statt.

Die nordrhein-westfälischen Unternehmen sehen sich laut Angaben der Industrie- und Handelskammern im Auslandsgeschäft mit China mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert: Jedes zweite Unternehmen kämpft mit einer schwachen Auftragslage. Die Folgen der Pandemie, beispielsweise in Form von Lieferengpässen und dem Verlust wichtiger Geschäftspartner, sind noch immer präsent.

Wie sich die Beziehungen weiter entwickeln? Völlig unklar. Klar hingegen ist aus meiner Sicht aber: Nur der – zugegeben oft sehr mühsame – Dialog hilft uns, die gewaltigen Probleme dieser Zeit anzugehen. ♦

📖 PUBLIKATION ZUM THEMA

Studie: Und was ist mit den Menschenrechten? China und die Sorgfaltspflichten

Blog: Und was ist mit den Menschenrechten? China und die Sorgfaltspflichten

Blog: Von Erweckungsmomenten und dornigen Chancen. Ein kurzer Rückblick auf unsere China-Tagung

Blog: China – die Container-Weltmacht



LÖSUNGEN – VON DER GEMEINSCHAFT GETRAGEN

Bewohner von Ashulia, einem dichtbesiedelten Standort für die Textilproduktion in Bangladesch, im Gespräch.

Ein Projekt, an dem SÜDWIND mit Partner-Organisationen aus Bangladesch (ESDO und BILS) und Deutschland (FEMNET, INKOTA-Netzwerk, HEJSupport) arbeitet, soll die Beschäftigten in der Textilindustrie und ihre Gewerkschaften in Bangladesch stärken. Dabei werden die Erfahrungen und Perspektiven der Rechteinhaber*innen mittels besonderer Monitoring-Verfahren regelmäßig erhoben. Das Ziel: Eine ganzheitliche Verbesserung der Lebenssituation. Unser Partner ESDO gibt einen Einblick.

Was macht die Arbeit von ESDO aus?

Shahriar Hossain: ESDO (Environment and Social Development Organization) ist eine gemeinnützige Forschungsorganisation in Bangladesch, die sich für Umweltschutz einsetzt. Seit ihrer Gründung im Jahr 1990 konzentriert sich ESDO auf die Bewertung der negativen Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auf die Umwelt, insbesondere hinsichtlich vulnerabler Gemeinschaften. Als Pionier-Organisation bezüglich des Plastiktütenverbots in Bangladesch bemühen wir uns um die Verbesserung der Sozial- und Umwelterziehung und den Aufbau von Kapazitäten für eine nachhaltige Entwicklung. Hauptstärke von ESDO-Projekten sind Umweltmaßnahmen mit einem partizipatorischen Ansatz - zu Themen wie Klimakrise, Verlust der biologischen Vielfalt, Naturschutz und Plastikverschmutzung.

Was ist das Besondere am Community Based Monitoring?

Hossain: Das Besondere am Community Based Monitoring ist der Einbezug von Gemeinden in die Ermittlung, und Überwachung von Umwelt- und sozialen Problemen. Menschen werden so befähigt, ihre Exposition gegenüber negativen Umweltauswirkungen zu erfassen und etwaige Gefahren selbst zu identifizieren. Mit Hilfe von Foto-Dokumentationen, Erhebungen und Interviews werden Echtzeitdaten gesammelt und Lösungen mit lokaler Relevanz entwickelt.

Um die Genauigkeit von Umweltbewertungen weiter zu verbessern, arbeitet ESDO beispielsweise mit Gemeinden zusammen, um Wasser-, Haar- und Bodenproben im Rahmen des Projekts „Strengthening Due Diligence

Implementation in the Textile Sector in Bangladesh“ zu sammeln. Die Proben liefern wichtige Daten zur Bestimmung des Verschmutzungsgrads. Die so entstandene Dokumentation dient als Informationsgrundlage für Behörden. Sie können so gezielte Tests durchführen und Maßnahmen ergreifen.

Dieser datengestützte Ansatz spielt eine entscheidende Rolle bei der Minderung von Umwelt- und Gesundheitsrisiken auf lokaler Ebene und verringert die Anfälligkeit der Lieferketten von Unternehmen. Gleichzeitig fördert der Ansatz die kollektive Verantwortung für Umweltschutz. So entstehen nachhaltige, von der Gemeinschaft getragene Lösungen.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Situation seit dem Sturz der Regierung in Bangladesch?

Hossain: In Bezug auf soziale und ökologische Verbesserungen besteht vorsichtige Hoffnung. Die Übergangsregierung muss jedoch rasch einen glaubwürdigen Plan für die wirtschaftliche Entwicklung von Bangladesch aufstellen, um die wachsende Unzufriedenheit aufgrund der wirtschaftlichen Stagnation und der zunehmenden Instabilität des Landes zu bekämpfen.

Hinsichtlich ökologischer Fragen bietet diese Übergangsphase eine Gelegenheit, systemische Fragen in der Regierungsführung und der Umweltpolitik anzugehen. Reformen könnten eine stärkere Betonung nachhaltiger Entwicklungspraktiken und des Umweltschutzes beinhalten.

Der Sturz der Regierung eröffnet außerdem der Zivilgesellschaft und den Gewerkschaften die Möglichkeit, zukünftig eine wichtigere Rolle zu spielen. ♦

ZUR PERSON
Shariar Hossain ist Gründer und Geschäftsführer von ESDO. Die Organisation besteht seit 1990. ESDO hat in den Gründungsjahren eine Kampagne für ein Plastiktütenverbot in Bangladesch ins Leben gerufen. Derzeit setzt sich Shariar Hossain unter anderem dafür ein, eine Zero-Waste-Gemeinde im ländlichen Gebiet zu gründen.



Foto: ESDO

📖 PUBLIKATION ZUM THEMA

Textile Incidents List (gemeinsam mit FEMNET, HEJSupport und INKOTA-Netzwerk)

DER HÜRDENLAUF DER EU ZU MEHR NACHHALTIGKEIT

SÜDWIND hat 2024 mit Advocacy- und Kampagnenarbeit neue EU-Richtlinien und -Gesetze im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung und Unternehmensverantwortung begleitet.*

DAS UN-TREATY-RENNEN WARTET NOCH AUF ANMELDUNGEN!

UN-TREATY UN-ABKOMMEN ZU WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTEN

Der UN-Treaty-Prozess, für den sich SÜDWIND ebenfalls einsetzt, läuft bereits seit einem Jahrzehnt. Das Abkommen soll die Regulierungslücke hinsichtlich transnational agierender Unternehmen schließen. Bislang gelten nur die freiwilligen UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Das UN-Abkommen wäre komplementär zum EU-Lieferkettengesetz.

PUBLIKATIONEN ZUM THEMA

Studie: Neuberechnung in Gang: Warum die EU-Taxonomie nur mit sozialer Dimension zum Ziel führt

Studie: SDG impact measurement: miracle cure or window-dressing?

Factsheet: Menschenrechte im Finanzsektor: Basiswissen zu Begriffen, Unterscheidungen und Prozessen

Factsheet: Wie kann Europa Menschenrechte im Finanzsektor stärken?

Blog: Sustainable-Finance-Standort Europa: Ist das Glas halb voll? Oder: Hat jemand das Glas umgekippt?

Blog: Zwangsarbeit am Beispiel der Gummi-Industrie in Malaysia

Blog: Zwangs- und Kinderarbeit: Die Risiken bestehen fort

Podcast: Folge 12: Politisches Fachgespräch – Menschenrechte im Finanzsektor stärken

Podcast: Folge 13: Menschenrechte im Finanzsektor stärken (Webinar)

Weitere Veröffentlichung: Umsetzung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Rohstoffe und Produkte: Faktencheck und Erläuterungen (mit Partner-Organisationen)

ST. MENSCHENRECHTE FIRST.

MENSCHENRECHTE

CSDDD

EU-RICHTLINIE ZUR UNTERNEHMERISCHEN SORGFALTS- PFLICHT IM BEREICH NACHHALTIGKEIT

Mit dem sogenannten EU-Lieferkettengesetz soll der Schutz von Menschenrechten und Umwelt entlang der gesamten Lieferkette sicher gestellt werden. Unternehmen müssen dementsprechend ihre Lieferketten auf potenzielle Umwelt- und humanitäre Risiken analysieren und Maßnahmen zur Risikominderung ergreifen. In den EU-Mitgliedsstaaten soll die Richtlinie ab 2026 angewandt werden. Von der Richtlinie ausgenommen ist der Finanzsektor, darunter Banken, Versicherungen und Investoren.

CSRD

EU-RICHTLINIE ZUR NACHHALTIGKEITS- BERICHTS- ERSTATTUNG

Die Richtlinie soll Lücken bei den Berichtsvorschriften schließen und die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen ausweiten. Erstmals werden damit verbindliche Berichtsstandards auf EU-Ebene eingeführt. Die Richtlinie sollte ab 2024 angewandt werden. In Deutschland ist das bisher nicht erfolgt.

EUDR

EU- ENTWALDUNGS- VERORDNUNG

Die EU-Verordnung soll verhindern, dass Produkte auf den EU-Markt gelangen, die mit Entwaldung, Waldschädigung sowie der illegalen Vertreibung der lokalen Bevölkerung in Verbindung stehen. Die Verordnung gilt auch für Produkte, die aus der EU exportiert werden. Dabei geht es um den Handel von Produkten aus den Rohstoffen Rind, Soja, Palmöl, Holz, Kaffee, Kakao und Naturkautschuk. In den EU-Mitgliedsstaaten sollte die Richtlinie ab 2025 Ende angewandt werden, dies wurde jedoch um ein Jahr verschoben.

FLR

EU-ZWANGS- ARBEITS- VERORDNUNG

Produkte, die unter Einsatz von Zwangsarbeit hergestellt wurden, in die EU eingeführt, auf dem Binnenmarkt bereitgestellt oder aus diesem exportiert werden, werden verboten. In den EU-Mitgliedsstaaten muss die Richtlinie ab 2027 angewandt werden. Die Richtlinie enthält keine verbindliche Wiedergutmachungsregelung. Wiedergutmachung könnte zum Beispiel in der Rückgabe von zurückgehaltenen Ausweisdokumenten und Löhnen und der Befreiung aus Schuld-knechtschaft liegen.

ZU HOHE
BÜROKRATIELASTEN!

UM EIN JAHR
VERSCHIEBEN!

WIEDERGUTMACHUNGS-
MAßNAHMEN NUR FREIWILLIG.

FINANZSEKTOR
AUSKLAMMERN!

* Durch das sogenannte Omnibus-Vorhaben der EU-Kommission droht ein Teil der bereits beschlossenen Regularien erheblich abgeschwächt zu werden. Die politische Entwicklung war bei Redaktionsschluss noch in vollem Gange.

DAS UNFAIRE KAKAO-GESCHÄFT

SÜDWIND hat auch 2024 auf die Situation im Kakaoanbau aufmerksam gemacht: Die Preise an der Kakaobörse sind explodiert, doch die Kakaobäuer*innen in den Hauptanbauländern profitieren davon nicht. Wir blicken hinter die Kulissen des Handels.

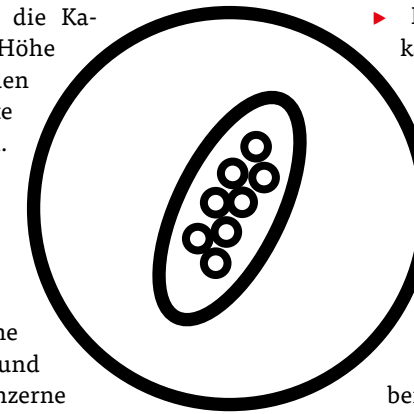
Der Handel mit Kakao ist derzeit immer wieder in den Schlagzeilen. Der Grund: Die vergangene Ernte war schlecht, als Folge sind die Kakaopreise massiv in die Höhe gegangen. Wegen der zunehmenden Auswirkungen der Klimakrise könnte Kakao auf längere Sicht knapp bleiben. Die Kakao-Knappheit und die damit verbundene hohe Nachfrage sorgen für zeitweise explodierende Preise an der Börse. Wie aber funktioniert das Geschäft dort überhaupt?

Derzeit beherrscht eine relativ kleine Zahl von Unternehmen den Handel und die Verarbeitung von Kakao. Die Konzerne setzen jeweils hunderttausende Tonnen Kakao pro Jahr um. Entsprechend groß sind die Investitionen für die riesigen Fabriken.

Gleichzeitig geht es immer um die Minimierung von Risiken. Die meisten dieser Risiken, darunter Zinsschwankungen für Kredite, der Preis für Energie, Transportkosten, Versicherungen etc., lassen sich relativ sicher kalkulieren. Dagegen schwankt der Preis für Kakao, auch schon vor der Missernte im letzten Jahr, sehr stark. Um sich dagegen abzusichern, handeln die Unternehmen an der Börse.

Vereinfacht funktioniert das System so:

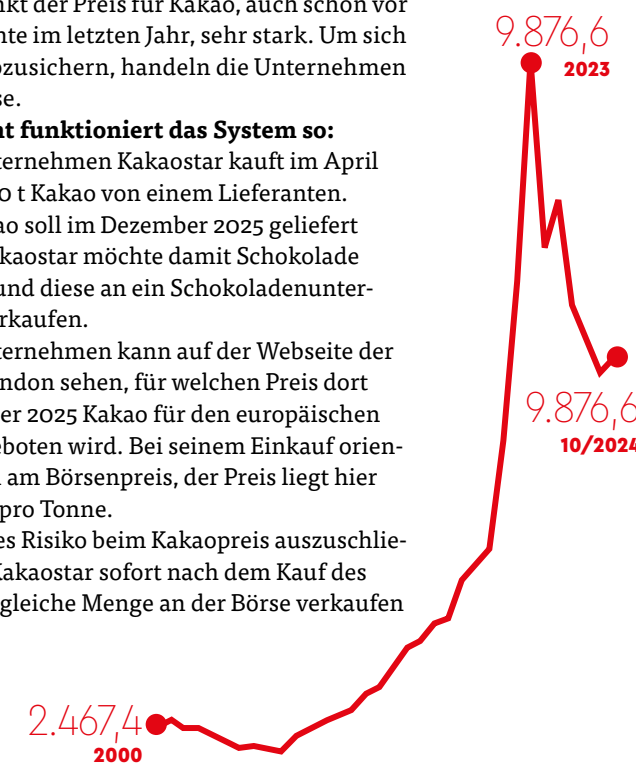
- Das Unternehmen Kakaostar kauft im April 2025 10.000 t Kakao von einem Lieferanten. Dieser Kakao soll im Dezember 2025 geliefert werden. Kakaostar möchte damit Schokolade herstellen und diese an ein Schokoladenunternehmen verkaufen.
- Das Unternehmen kann auf der Webseite der Börse in London sehen, für welchen Preis dort im Dezember 2025 Kakao für den europäischen Markt angeboten wird. Bei seinem Einkauf orientiert es sich am Börsenpreis, der Preis liegt hier bei 7000 € pro Tonne.
- Um jedes Risiko beim Kakaopreis auszuschließen, wird Kakaostar sofort nach dem Kauf des Kakaos die gleiche Menge an der Börse verkaufen



KAKAOPREISE KLETTERN AUF REKORDHOCH

Monatlicher Durchschnittspreis für Kakao im Weltmarkt (in US-Dollar pro Tonne)

Quelle: Statista



mit einem Lieferdatum im Dezember 2025. Der Abnehmer ist der Anlagefond Rohstoffinvest, der nicht an der Lieferung von Kakao interessiert ist.

► Bis zur Lieferung im Dezember fällt der Kakaopreis auf 6000 € pro Tonne Kakaostar muss dennoch den vereinbarten Preis von 7000 € pro Tonne bezahlen.

► Der Abnehmer der von Kakaostar hergestellten Schokolade, Primaschoki, ist angesichts des gefallen Weltmarktpreises nicht bereit, 7000 € je Tonne (plus den Zuschlag für die Verarbeitung zur Schokolade) zu bezahlen. Er wird sich am aktuellen Börsenpreis von 5000 € orientieren. ---> Kakaostar verliert somit beim Weiterverkauf an Primaschoki 1000 € je Tonne Kakao.

► Hier greift die Absicherung an der Börse. Kakaostar kann dem Spekulanten Rohstoffinvest nun Kakao liefern, der zum tagesaktuellen Preis im Dezember von 6000 € gekauft wird und dann direkt an Rohstoffinvest geliefert wird. Rohstoffinvest muss dafür die vorab vereinbarten 7000 € pro Tonne zahlen. Wahrscheinlich ist, dass Rohstoffinvest auf eine Lieferung verzichtet und Kakaostar die Differenz zwischen dem aktuellen Preis (6000 €) und dem vereinbarten Preis (7000 €) ausbezahlt. ---> Kakaostar wird beim Verkauf an Rohstoffinvest 1000 € je Tonne verdienen.

► 1000 € Verlust pro Tonne beim Verkauf an Primaschoki und 1000 € Gewinn beim Verkauf an Rohstoffinvest gleichen sich aus.

Natürlich ist die Realität viel komplexer als dieses Modell (Gebühren, Qualitätsaufschläge Währungsrisiken etc.).

Fest steht allerdings, dass Unternehmen durch vorausschauendes Handeln Preisschwankungen beim Kakao weitgehend abfedern können. Bäuerinnen und Bauern haben diese Option nicht, denn sie müssen den Kakao mangels Lagermöglichkeiten direkt nach der Ernte weiterverkaufen. Ein fairer Mindestpreis für Kakao könnte helfen. Die meisten Unternehmen sind jedoch weiterhin nicht bereit, diesen zu garantieren. ♦

PUBLIKATIONEN ZUM THEMA

Studie: The Living Income Differential for cocoa: futures markets and price setting in an unequal value chain





DER UNGEHOBENE SCHATZ IN UNSEREN SCHUBLADEN UND SCHRÄNKEN

In der Rubaya-Mine in der DR Kongo wird das Erz Coltan abgebaut. Der Rohstoff wird auch „schwarzes Gold“ genannt.

Foto: Wikimedia Commons

Wie erreicht man eine gerechtere Weltwirtschaft? Indem man konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzeigt. Das ist die Überzeugung von SÜDWIND – und genau das ist auch das Ziel der Handyaktion NRW. Aus dem SÜDWIND-Team begleitet Pablo Campos das Projekt, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Fachpromotor für Globale Wirtschaft und Menschenrechte.

Pablo, seit 2017 gibt es die Handy-Aktion NRW, an der auch SÜDWIND beteiligt ist. Kannst du uns kurz schildern, was es damit auf sich hat?

Pablo Campos: Die Industrieländer, darunter auch Deutschland, tragen eine große Verantwortung für die Folgen des weltweiten Abbaus und Verbrauchs natürlicher Ressourcen. Das gilt auch für energetische und mineralische Rohstoffe, nicht zuletzt aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung. Ob zu den Themen Sorgfaltspflichten, Kreislaufwirtschaft oder Just Transition - deutsche NGOs, darunter SÜDWIND, versuchen seit Jahren, die Rohstoffpolitik an verschiedenen Stellen mitzugestalten. Die Handy-Aktionen tragen dazu bei, indem sie für die Problematik sensibilisieren und gleichzeitig Handlungsmöglichkeiten für einen nachhaltigeren Umgang mit Smartphones aufzeigen.

Aktuell horten die Deutschen laut Berechnungen in ihren Schränken und Schubladen rund 210 Millionen ausrangierte Handys und Smartphones. Was ist das Problematische daran?

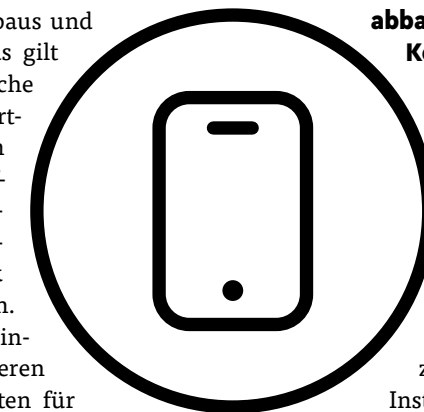
Campos: Die Gestaltung einer ökologischen und sozial gerechten Rohstoffpolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eine ganzheitliche Kreislaufwirtschaft ist ohne die Beteiligung der Konsument*innen undenkbar. In jedem Smartphone stecken heute bis zu 60 Komponenten, darunter auch sogenannte kritische Rohstoffe. Würden wir 210 Millionen Smartphones recyceln, könnten wir nicht nur die enormen negativen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt weltweit minimieren, sondern

auch unsere Recyclingwirtschaft stärken. Hinzu kommt, dass ‚alte‘ Handys oft repariert oder wieder aufbereitet werden können.

Du warst kürzlich Mitorganisator und Referent eines Webinars über den Rohstoffabbau in der Demokratischen Republik Kongo, zusammen mit kongolesischen Experten. Was hat die Handyaktion NRW damit zu tun?

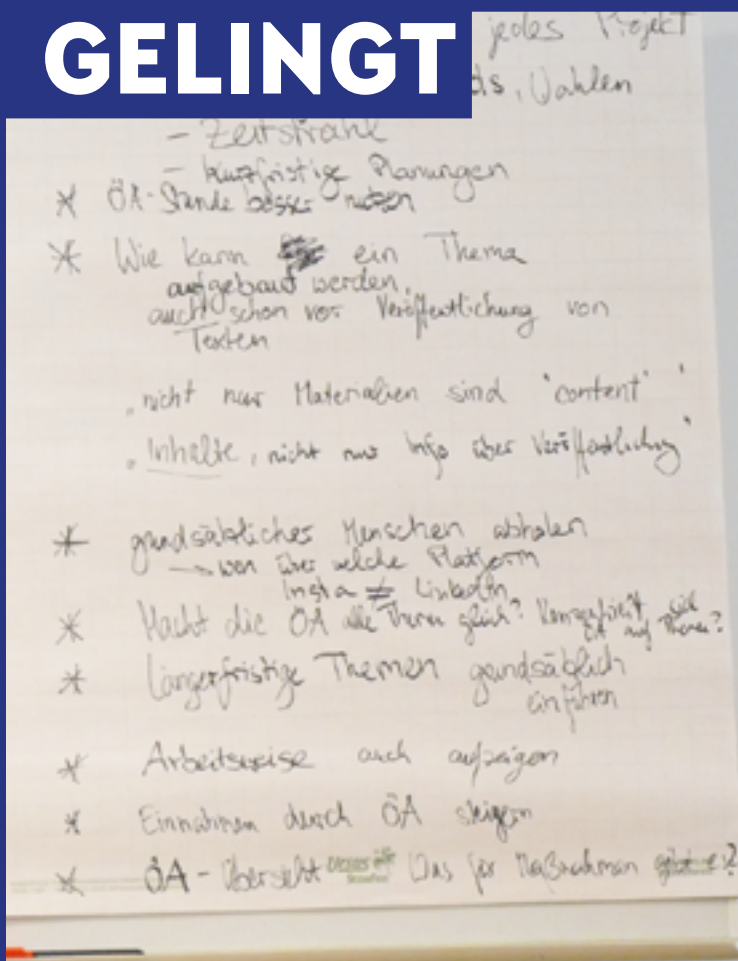
Campos: Die Demokratische Republik Kongo (DRK) ist eines der rohstoffreichsten Länder der Welt. Aufgrund der hohen Nachfrage nach Rohstoffen, nicht zuletzt auf Grund des Smartphone-Konsums, leidet die DRK nicht nur unter extremer Armut und Umweltzerstörung, sondern auch unter politischer Instabilität und Krieg. Die Handy-Aktion-NRW arbeitet direkt mit der Baptistischen Kirche in Zentralafrika zusammen, die bei der Bewältigung der massiven humanitären Notlage an vorderster Front steht.

In den vergangenen Jahren flossen durch die Handy-Sammelaktionen rund 21.800 Euro in Entwicklungsprojekte im Globalen Süden, darunter auch in der DRK. Die Gelder werden unter anderem für die Finanzierung eines Ausbildungszentrums für ehemalige Kindersoldaten, für die Versorgung mit Trinkwasser und Nahrungsmitteln und für den Bau von sanitären Einrichtungen verwendet. Das ist das Mindeste, was wir tun können – angesichts der Tatsache, dass unsere westlichen Konsum-Modelle einen derartigen Schaden anrichten. ♦





WIE SÜDWIND DAZU BEITRAGEN KANN, DASS DIE ZUKUNFT GELINGT



Im Team von SÜDWIND arbeiten das ganze Jahr über engagierte studentische Mitarbeiter*innen mit. Ihre Perspektiven bringen sie tagtäglich in die Arbeit mit ein. Wir haben zwei von ihnen, Alina Matt und Esra Öndüç, gebeten, für den Jahresbericht einen kritisch-liebevollen Blick auf SÜDWIND zu werfen – abseits des Alltagsgeschäfts.

Was für ein Jahr 2024! Europa rückt weiter nach rechts, Trump ist zurück im Weißen Haus, die Ampel-Koalition zerbricht, das europäische Lieferkettengesetz wird verabschiedet – während das deutsche Pendant schon wieder in Frage gestellt wird. Nebenbei heizt sich die Erde weiter auf, während die Konflikte im Sudan, in Palästina und in der Ukraine eskalieren. Die Liste der Problematiken ist lang – und sie wird immer länger.

Das beschäftigt und beunruhigt uns, macht uns traurig und manchmal hoffnungslos. Hinter all diesen Geschehnissen, die oft in Zahlen und Worten rationalisiert werden, stehen jedoch Menschenleben. Was bedeutet all das für uns und die zukünftige Arbeit von SÜDWIND?

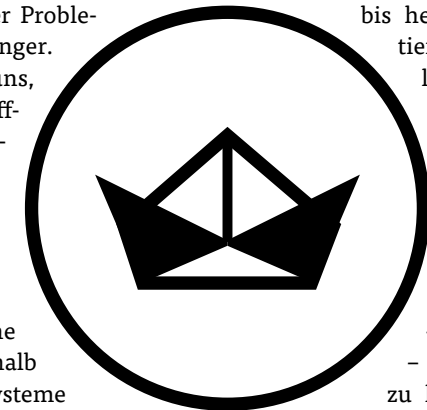
Für uns stellt sich die grundsätzliche Frage: Können und wollen wir innerhalb dieser ungleichen und gewaltvollen Systeme weiterarbeiten oder müssen wir die Machtverhältnisse radikaler in Frage stellen? Wie gehen wir damit um, wenn der Staat weiter nach rechts rückt und damit Geldgebende nicht auch Verbündete sind? Bisherige Versuche, die bestehenden Strukturen zu verändern, waren nur begrenzt erfolgreich. Statt Gerechtigkeit gemeinsam voranzubringen, treiben uns rechte Ideologien und machtgieriger Populismus weiter auseinander. Trotz einiger Fortschritte werden ausbeuterische Verhältnisse nach wie vor gezielt aufrechterhalten und grundlegende Menschenrechte weiterhin missachtet.

Eine lebenswerte Zukunft mitzugestalten, bedeutet für uns, historisch gewachsene Verantwortlichkeiten offen zu benennen. Konkret heißt das: patriarchale, kapitalistische und rassistische Logiken aufzeigen und unsere eigene Verstri-

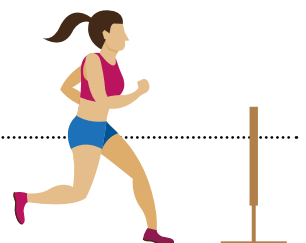
ckung und die daraus resultierende Verantwortung kritisch zu reflektieren. Die bisher fehlende Auseinandersetzung mit diesen Unterdrückungslogiken – wie Rassismus – hält rechte Ideologien auf Erfolgskurs.

Es reicht nicht, die Folgen dieser Systeme zu beschreiben – auch ihre Ursprünge müssen von uns beleuchtet werden. Wir müssen verstehen, wie wir als Gesellschaft des Globalen Nordens bis heute von unterdrückenden Logiken profitieren. Eine Chance liegt für uns darin, lokale Stimmen vor Ort sowie dekoloniale und intersektionale Perspektiven, d.h. die Verschränkung verschiedener Diskriminierungsformen wie Geschlecht, race, soziale Herkunft und alle weiteren, stärker einzubeziehen. Für uns als Verein beginnt der Wandel damit, Menschen außerhalb der privilegierten Hegemonie – also der etablierten Dominanzstrukturen – offensiver ins Team und in den Vorstand zu holen, um unterschiedliche Perspektiven einzubringen. Geschieht dies nicht und wir verharren in einer homogenen, immer autoritärer werdenden Logik, bleiben die zentralen Ursachen für Ungleichheit ungesehen.

Darüber hinaus ist es unerlässlich, diese Denkweise auch innerhalb unserer Arbeit – etwa bei Publikationen oder Veranstaltungen – zu durchbrechen, um bestehende Strukturen nicht unbeachtet zu reproduzieren. Intersektionalität und die eigene Privilegiertheit müssen stets für alle Ebenen von Marginalisierung und Ausbeutung mitgedacht werden. Nur so können wir Ansätze entwickeln, die nicht nur Symptome lindern, sondern langfristig Veränderungen hin zu umfassender globaler Gerechtigkeit voranbringen – in einem Miteinander auf Augenhöhe. ♦



Fotos: Paul Meixner photography / SÜDWIND



AUS DER ARBEIT DES VORSTANDS



DIETMAR PISTORIUS
Vorsitzender



TOBIAS SCHÄFER-SELL
Stv. Vorsitzender



DR. HILDEGARD HAGEMANN



WOLFGANG OBEHLAND



JANNA FISCHER



ANTJE SCHNEEWEISS
Schatzmeisterin



JENS WERNSCHEID

Fotos: Paul Meixner photography / SÜDWIND

Der SÜDWIND-Vorstand hat unsere Arbeit 2024 intensiv begleitet: Bei den Vorstandssitzungen, auf der Klausur und der Mitgliederversammlung hat das siebenköpfige Team sich mit jeweils ganz unterschiedlichen Perspektiven eingebracht. Dietmar Pistorius, Superintendent im Evangelischen Kirchenkreis Bonn und Vorstandsvorsitzender, teilt seine Gedanken.

Jetzt also wieder Donald Trump... Als wäre es global gesehen um Gerechtigkeit nicht schon schlecht genug bestellt, verleiht Trump 2.0 den autoritären Kräften Aufwind und Großkapitalisten wie Musk und Bezos eine nicht legitimierte politische Macht. Rassismus, Nationalismus, ja auch imperialistische Phantasien werden in demokratischen Staaten hoffähig. Das ist mit großer Sorge zu sehen!

Der Erfolg dieser Kräfte ist aber nicht zwingend. Wie die Welt in vier Jahren aussehen wird, entscheidet sich nicht nur daran, wie der 47. Präsident Amerikas im Weißen Haus regiert, sondern auch daran, ob die Gegenkräfte ihre Möglichkeiten nutzen.

Gerade angesichts der genannten Entwicklungen gewinnen zivilgesellschaftliche Organisationen, die die Auswirkungen analysieren, Menschenrechte verteidigen, Chancen aufzeigen, Gegenmodelle entwickeln, Transformationen konzipieren und nicht müde werden, Gerechtigkeit zu fordern, an Bedeutung. Noch genießen sie in Deutschland eine hohe Wertschätzung, haben die Möglichkeit einer freien Arbeit, erhalten Förderungen und den Zugang zu öffentlichen Diskursen wie zu fachspezifischen Foren. Mit diesem Privileg verbindet sich die Verantwortung, es im Interesse gerade derer zu nutzen, deren Aktionsräume zunehmend eingeschränkt werden.

Als Vorstand und Mitarbeitende von Südwind sind wir uns dessen bewusst. Die Frage, wie wir wahrnehmbar unsere Expertise einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen können, steht oben auf unserer Agenda. Dankbar sind wir dabei für die Impulse, die die jüngeren Praktikant*in-

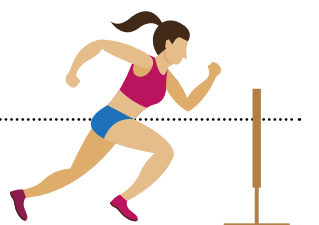
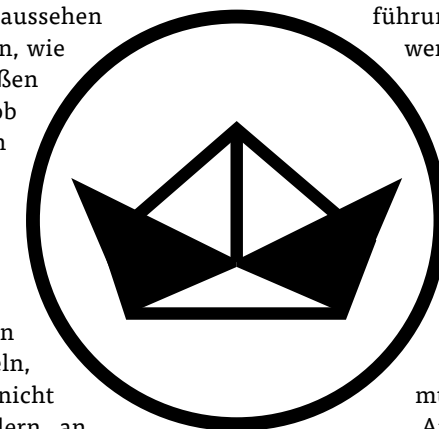
nen auf der Klausurtagung 2024 eingebracht haben. Denn die Frage, wie wir junge Menschen für Südwind interessieren und sie möglicherweise auch zur Mitgliedschaft bewegen können, ist für die Zukunft von SÜDWIND wichtig.

Apropos Zukunft von SÜDWIND: Der Vorstand nimmt den sich abzeichnenden Generationenwechsel im Team in den Blick und berät, wie die Übergänge möglichst gut gestaltet werden können. Wir haben entschieden, die Geschäftsführung zukünftig zu teilen. Das kann genutzt werden, um Kontinuität zu ermöglichen.

Die Teilung der Geschäftsführung bei weiterhin ehrenamtlichem Vorstand ist ein Ergebnis der ausführlichen Beratungen zur Organisationsstruktur von Verein und Institut, die wir auf der letzten Mitgliederversammlung vorgestellt haben. Nach deren positivem Votum arbeiten wir diese Organisation nun in einen Satzungsentwurf ein, der der Mitgliederversammlung 2025 zur Abstimmung vorgelegt werden soll.

Auf dieser wird es dann auch Vorstandswahlen geben, die uns die ein oder andere Veränderung im Vorstand bescheren wird. Mit dem erneuerten Vorstand und dem Stiftungsrat werden wir weitere Themen aufgreifen, zum Beispiel, welche Rolle in Zukunft die Südwind-Stiftung einnehmen kann.

All diese Überlegungen sind kein Selbstzweck, sondern dienen „der Förderung internationaler Gerechtigkeit“, der sich Südwind seit seiner Gründung verpflichtet weiß und an der wir dranbleiben, egal wer im Weißen Haus regiert. ♦



FINANZBERICHT 2024

Der Jahresabschluss 2024 weist ein positives Ergebnis in Höhe von 35.949 Euro auf. Dieser Betrag wurde der Rücklage zugeführt, die zum Jahresende 284.169 Euro beträgt. Der Vorjahresabschluss wurde in der Mitgliederversammlung am 13. März 2024 festgestellt. Gleichzeitig wurde der Vorstand für das Geschäftsjahr 2023 entlastet.

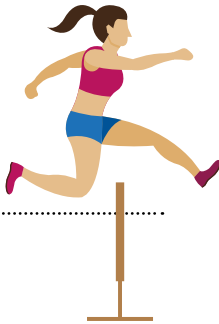
SÜDWIND E.V. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 2024 (ANGABEN IN €)		
	2024	2023
1. Umsatzerlöse	79.013,81	122.075,54
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.013.322,73	948.455,21
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.991,79 -	4.235,81
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	86.752,60	89.287,14
	82.760,81	93.522,98
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	822.638,60	778.461,68
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.640,01	7.591,36
	829.278,61	786.053,04
5. Abschreibungen		
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.474,79	10.290,84
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	139.940,96	158.433,85
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	67,66	45,27
8. Jahresüberschuss	35.949,03	22.275,31
9. Einstellungen in Rücklagen		
Einstellung in andere Rücklagen	35.949,03 -	22.275,31 -

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2024 (ANGABEN IN €)

AKTIVA (Verwendung des Vermögens)	2024	2023
A. Anlagevermögen	28,00	976,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände (Softwarelizenzen)	3,00	3,00
II. Sachanlagen (Betriebs- und Geschäftsausstattung, andere Anlagen)	25,00	973,00
B. Umlaufvermögen	390.675,34	287.790,88
I. Bestand an Waren	6.809,56	2.817,77
II.1. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.614,38	9.486,86
II.2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	32.720,81	68.066,23
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstitutionen	342.530,59	207.420,02
Summe Aktiva	390.703,34	288.766,88
PASSIVA (Kaufmännische Herkunft des Vermögens)	2024	2023
A. Eigenkapital		
I. Kapitalrücklage	284.169,18	248.220,15
B. Rückstellungen (Jahresabschluss, Aufbewahrungspflicht, Urlaubsverpflichtungen)	21.472,77	20.143,80
C. Verbindlichkeiten	9.307,08	16.474,25
1. aus Lieferungen und Leistungen	6.668,24	13.663,44
2. sonstige Verbindlichkeiten	2.638,84	2.810,81
D. Rechnungsabgrenzungsposten	75.754,31	3.928,68
Summe Passiva	390.703,34	288.766,88

ENTWICKLUNG DER RÜCKLAGEN 2024 (ANGABEN IN €)

	31.12.2024	01.01.2024
Betriebsmittelrücklage	198.119,18	162.170,15
Freie Rücklage	86.050,00	86.050,00
Summe	284.169,18	248.220,15



STIFTUNG SÜDWIND E.V.

EINNAHMEN

Die Einnahmen betragen im Berichtsjahr 1.062.980 Euro. Die Erlöse aus der zweckgebundenen Projektförderung betrugen mit 675.745 Euro knapp 64 % der gesamten Einnahmen. Sie betreffen u.a. Mittel des Bundes aus dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, von Engagement Global sowie der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, von der Internationalen Klima Initiative (IKI), von Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, der Evangelischen Kirche von Westfalen, der Evangelischen Kirche im Rheinland, dem Eine Welt Netz NRW, der Stadt Bonn, der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Europäischen Kommission.

Die Einnahmen aus Auftrags- und Honorartätigkeiten betragen 134.690 Euro. Dies entspricht einem Anteil von rd. 13 % an den Gesamteinnahmen. Die Einnahmen stammen u. a. aus Aufträgen für Be Slavery Free, CSCP, Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg, Missio, VOICE Network, der GLS Bank und der REWE Group.

Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, Zuwendungen aus Kirchenkreisen und Gemeinden, projektungebundenen Zuschüssen sowie der Ausschüttung der Stiftung SÜDWIND haben zusammen einen Anteil von 23 %. Institutionelle, d.h. nicht projektbezogene Förderung, erhält SÜDWIND von der Evangelischen Kirche im Rheinland, dem Evangelischen Kirchenverband Köln und Region, von Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst und von der HORRSCH Stiftung.

AUSGABEN

Die Mittel werden für die Projektarbeit und das Erbringen von Leistungen für Auftragstätigkeiten im Sinn der Satzungszwecke von SÜDWIND verwendet. Unsere Ausgaben betrugen im Berichtsjahr 1.027.031 Euro. Wie für ein wissenschaftlich arbeitendes Institut üblich nehmen die Personalkosten einen Anteil von rd. 78% der gesamten Ausgaben ein. Diese verteilen sich auf insgesamt 11 Vollzeitäquivalente.

SÜDWIND ist dabei bemüht, bei Einhaltung unserer ökologischen und sozialen Kriterien, die Ausgaben in Grenzen zu halten. So gelang es, trotz steigender Allgemeinkosten die laufenden Ausgaben für Büro und Verwaltung mit rd. 2% Steigerung auf nahezu gleichem Niveau zu halten und die Inflation durch Einsparungen abzufedern.

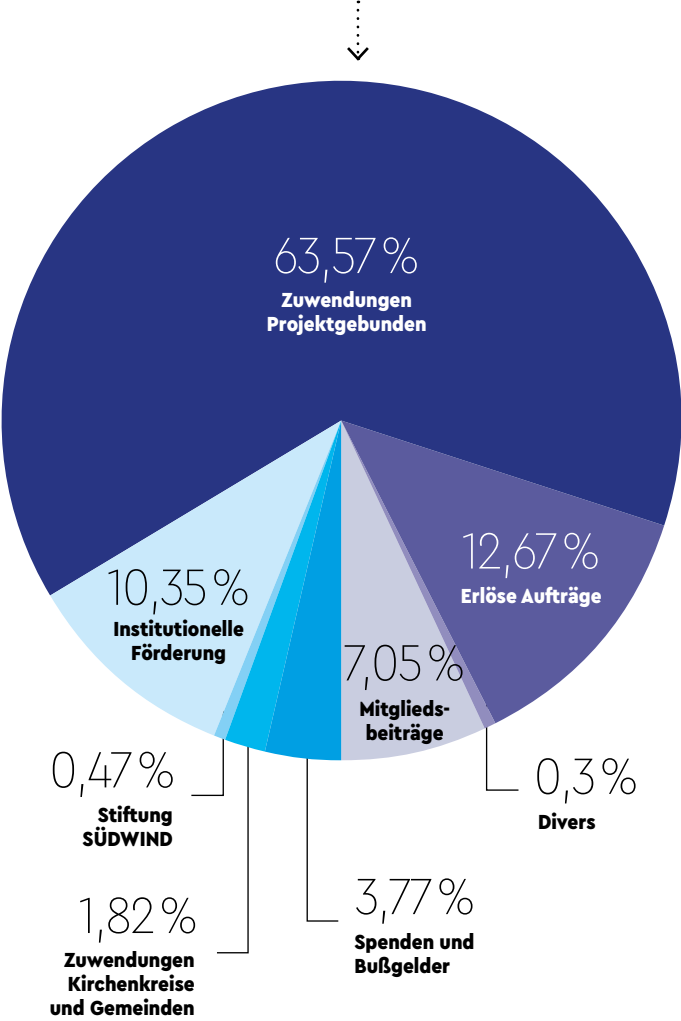
Die Sachausgaben für Projekte belaufen sich auf 86.749 Euro, gefolgt von den Kosten für Öffentlichkeitsarbeit, Vereinskosten, sowie Fundraising und Reisekosten.

DIE RÜCKLAGEN

Die Betriebsmittelrücklage konnte um 35.949 Euro auf 198.119 Euro aufgestockt werden. Zusammen mit der freien Rücklage in Höhe von 86.050 Euro betrugen die Rücklagen mit Stand 31.12.2024 insgesamt 284.169 Euro.

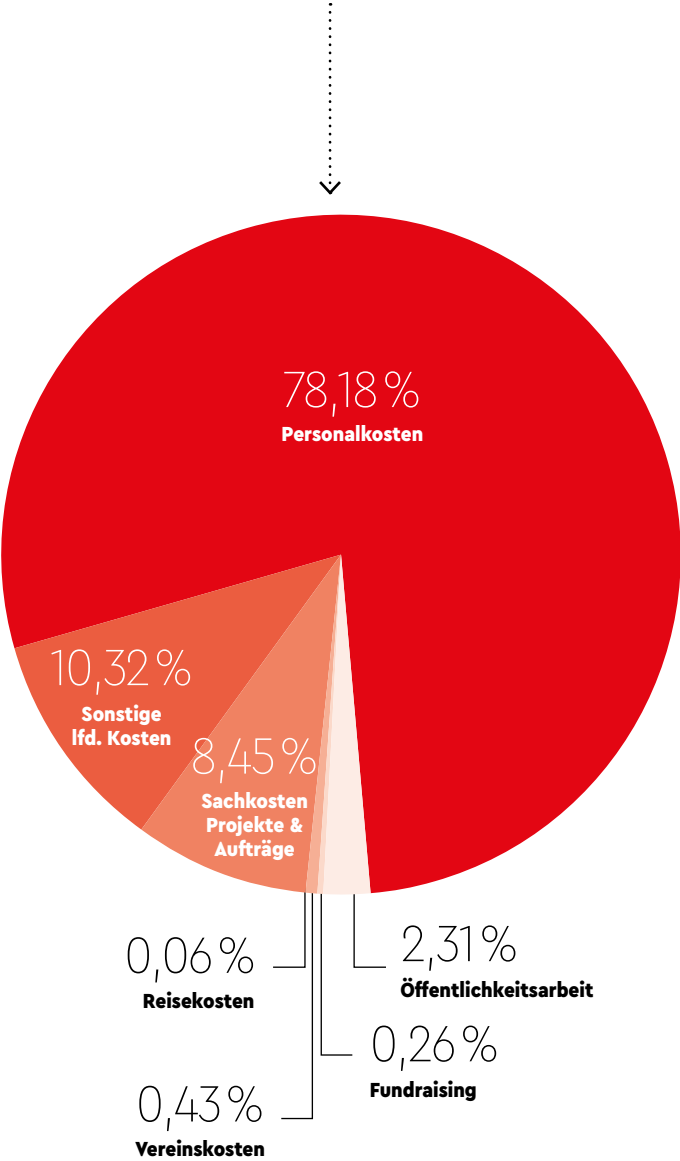
EINNAHMEN 2024 IN EURO

Mitgliedsbeiträge	74.914	7,05%
Spenden und Bußgelder	40.029	3,77%
Zuwendungen Kirchenkreise und Gemeinden	19.378	1,82%
Stiftung SÜDWIND	5.000	0,47%
Institutionelle Förderung	110.000	10,35%
Zuwendungen Projektgebunden	675.745	63,57%
Erlöse Aufträge	134.690	12,67%
Divers	3.225	0,30%
GESAMT	1.062.980	100,00%



AUSGABEN 2024 IN EURO

Personalkosten	802.899	78,18%
Öffentlichkeitsarbeit	23.708	2,31%
Fundraising	2.678	0,26%
Vereinskosten	4.380	0,43%
Reisekosten	616	0,06%
Sachkosten Projekte & Aufträge	86.749	8,45%
Sonstige lfd. Kosten	106.002	10,32%
Gesamt	1.027.031	100%



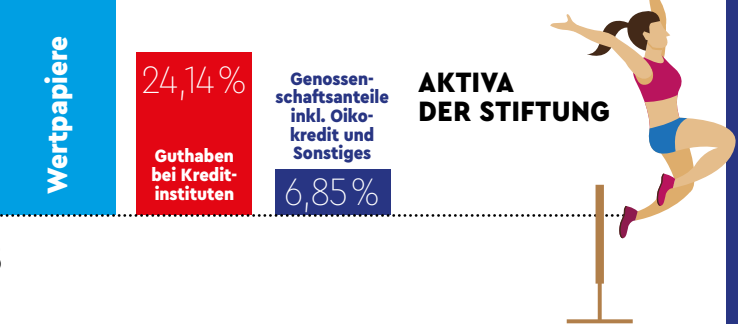
Nach der Durststrecke hinsichtlich der Kapitalerträge, bedingt durch die Niedrigzinsphase, konnten wir 2024 Erträge in Höhe von 9.155 Euro erwirtschaften. Die Passiva betrugen Ende 2024 insgesamt 612.829,10 Euro. Davon waren 140.000 Euro Verbindlichkeiten (Stiftungsdarlehen). Das Stiftungskapital betrug insgesamt 451.395 Euro zuzüglich 21.427 Euro an Rücklagen.

Die Aufwendungen betrugen neben der Unterstützung des Instituts in Höhe von 5.000 Euro, 1.249 Euro für den Jahresabschluss sowie 191 Euro für Bankgebühren - insgesamt 6.440 Euro.

Das Jahr 2024 stand ganz im Zeichen von Überlegungen, wie wir die Stiftung weiter stärken können. Die Gründungsväter und -mütter der Stiftung hatten das Ziel, das Stiftungskapital soweit aufzubauen, dass damit das Personal des Instituts für ein Jahr „überlebensfähig“ wäre.

Getragen war dies auch von der Hoffnung, dass unsere Förder*innen einen Teil ihres Vermögens an die Stiftung vererben. So kann Vermögen langfristig zur Beibehaltung von internationaler Solidarität, der Unterstützung von globaler Gerechtigkeit und der Stärkung der Menschenrechte beitragen. Wir erleben derzeit aber, dass betagtere Mitglieder oder Förderer*innen sich über die eigene Versorgung im Alter Gedanken machen müssen und das Auskommen der nächsten Generation angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Lage Sorgen bereitet. Insofern müssen wir überlegen, wie wir die Stiftung für weitere Kreise attraktiv und bekannt machen, um die Anzahl der Unterstützenden durch Zustiftungen zu erhöhen.

Hierzu haben wir uns extern beraten lassen. Zudem haben wir uns auf der alljährlichen Klausur mit SÜDWIND-Team und Vorstand als auch auf der Mitgliederversammlung mit den anwesenden Mitgliedern ausgetauscht. Auf der Mitgliederversammlung wurde der Vorschlag eingebracht, die Stifter*innen und Darlehensgebenden nach deren Ideen und Vorschlägen zu fragen. Darüber hinaus gibt es Überlegungen, ob die Stiftung eigene Aktivitäten unternehmen sollte, um stärker auf sich aufmerksam zu machen und die Bedeutung der Stiftung als Teil der „Südwind-Family“ zu unterstreichen. Hierzu möchte sich der Vorstand auch mit dem Stiftungsrat austauschen. In jedem Fall ist die Stiftung aktiv. So soll die Resilienz von Institut und Stiftung vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Zeiten gestärkt werden.



GEMEINSAM AUF DEM RICHTIGEN WEG

Wir danken all unseren Projektförderern, institutionellen Förderern sowie allen Partnerorganisationen und Organisationen, in deren Auftrag wir arbeiten konnten, für die Unterstützung und gute Zusammenarbeit.

GEFÖRDERT DURCH



IMPRESSUM

Bonn, März 2025

HERAUSGEBER:
SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

BANKVERBINDUNG SÜDWIND:
KD-Bank
DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD
BANKVERBINDUNG STIFTUNG:
GLS Bank
DE52 4306 0967 4073 4658 00
BIC: GENODEM1GLS

AUTORINNEN:
Shahriar Hossain, Stefan Engstfeld, das SÜDWIND-Team
REDAKTION UND LEKTORAT:
Nina Giaramita
V.i.S.D.P.:
Dr. Ulrike Dufner
GESTALTUNG:
twotype design, Hamburg
DRUCK UND VERARBEITUNG:
Brandt GmbH, Bonn
Gedruckt auf Recycling-Papier
Die Bildrechte liegen, soweit nicht anders gekennzeichnet, bei SÜDWIND.

Jahresbericht
2025-03



PARTNER*INNEN



IM AUFTRAG VON

- Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- GLS Bank
- GLS Investments
- Oxfam Deutschland
- Rewe Group
- Oxfam België/Belgique
- Missio

INSTITUTIONELLE FÖRDERER

Gefördert aus den Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, durch den Evangelischen Kirchenverband Köln und Region und die Evangelische Kirche im Rheinland.

SÜDWIND nutzt Ihre Daten, um Sie regelmäßig über unsere Arbeit zu informieren. Sie haben nach Art. 21 DSGVO das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Wenden Sie sich dazu bitte an Nina Giaramita (info@suedwind-institut.de)

**DIE
DEMOKRATIE
BRAUCHT EINE
STARKE
ZIVILGESELLSCHAFT.**

**SÜDWIND
IST EIN TEIL
DAVON.**



SÜDWIND E.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn

Tel.: +49 (0) 228-76 36 98-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

IBAN DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC GENODED1DKD
Umsatzsteuer: DE169920897